
P R O T O K O L L
über die Sitzung des Kreistages des Landkreises Cloppenburg am
Dienstag, dem 01.10.2019, 17:00 Uhr, im Sitzungssaal 1 des
Kreishauses in Cloppenburg

Anwesend

Vorsitzende/r

1. Kreistagsabgeordneter Bernhard Hackstedt

Mitglieder

2. Kreistagsabgeordneter Stephan Ahrens
3. Kreistagsabgeordneter Rudolf Arkenau
4. Kreistagsabgeordneter Wilhelm Bohnstengel abwesend ab
18.50 Uhr (nach TOP 21)
5. Kreistagsabgeordneter Lothar Bothe
6. Kreistagsabgeordneter Richard Cloppenburg
7. Kreistagsabgeordneter Christoph Eilers abwesend ab
17.56 Uhr (nach TOP 16)
8. Kreistagsabgeordneter Hans Götting
9. Kreistagsabgeordneter Dr. Michael Hoffschroer
10. Kreistagsabgeordnete Johanna Hollah
11. Kreistagsabgeordnete Marlies Hukelmann
12. Kreistagsabgeordneter Johannes Kalvelage
13. Kreistagsabgeordnete Dr. Irmtraud Kannen
14. Kreistagsabgeordneter Klaus Karnbrock
15. Kreistagsabgeordneter Rainer Kroner
16. Kreistagsabgeordnete Nadja Kurz
17. Kreistagsabgeordneter Reinhard Lanfer
18. Kreistagsabgeordneter Wilfried Liers
19. Kreistagsabgeordneter Johann Meyer
20. Kreistagsabgeordneter Gregor Middendorf
21. Kreistagsabgeordneter Bernhard Möller
22. Kreistagsabgeordneter Yilmaz Mutlu
23. Kreistagsabgeordnete Ursula Nüdling
24. Kreistagsabgeordneter Prof. Dr. Lucien Olivier abwesend ab
18.15 Uhr (während TOP 20)
25. Kreistagsabgeordneter Stefan Riesenbeck
26. Kreistagsabgeordneter Bernd Roder
27. Kreistagsabgeordneter Leonhard Rosenbaum
28. Kreistagsabgeordneter Theodor Schmidt
29. Kreistagsabgeordneter Hermann Schröer
30. Kreistagsabgeordneter Stefan Schute
31. Kreistagsabgeordneter Dr. Michael Steenken
32. Kreistagsabgeordneter Henning Stoffers
33. Kreistagsabgeordneter Gerd Stratmann
34. Kreistagsabgeordneter Jürgen Tabeling
35. Kreistagsabgeordneter Heiko Thoben



- | | |
|---------------------------|-------------------|
| 36. Kreistagsabgeordnete | Ursula Thomée |
| 37. Kreistagsabgeordneter | Dirk Vaske |
| 38. Kreistagsabgeordneter | Fabian Wesselmann |
| 39. Kreistagsabgeordnete | Iris Wichmann |
| 40. Kreistagsabgeordnete | Julia Wienken |
| 41. Landrat | Johann Wimberg |

Verwaltung

- | | |
|--|-----------------|
| 42. Erster Kreisrat | Ludger Frische |
| 43. Kreisverwaltungsdirektorin | Heike Honscha |
| 44. Persönliche Referentin des Landrates | Dr. Lydia Kocar |
| 45. Leitender Kreisverwaltungsdirektor | Ansgar Meyer |

Protokollführer/in

- | | |
|-----------------------|------------------|
| 46. Verwaltungswirtin | Stephanie Möller |
|-----------------------|------------------|

Es fehlte/n:

- | | |
|---------------------------|----------------------|
| 47. Kreistagsabgeordneter | Uwe Behrens |
| 48. Kreistagsabgeordneter | Gerhard Bruns |
| 49. Kreistagsabgeordneter | Wilhelm Fetzer |
| 50. Kreistagsabgeordneter | Torben Haak |
| 51. Kreistagsabgeordneter | Herbert Holthaus |
| 52. Kreistagsabgeordneter | Detlef Kolde |
| 53. Kreistagsabgeordneter | Dr. Sebastian Vaske |
| 54. Kreistagsabgeordneter | Michael von Klitzing |

Tagesordnung:

- 1 . Eröffnung der Sitzung
- 2 . Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 . Feststellung der Tagesordnung
- 4 . Einwohnerfragestunde
- 5 . Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages vom 27.06.2019
- 6 . Bestellung eines neuen Vertreters als beratendes Mitglied im Verkehrsausschuss V-KT/19/071
- 7 . Berufung von nicht dem Kreistag angehörenden Mitgliedern des Schulausschusses V-KT/19/072
- 8 . Änderung der Besetzung bei den stellvertretenden beratenden Mitgliedern im Sozialausschusses V-KT/19/073
- 9 . Berufung von Vertreterinnen/Vertretern in verschiedene Gremien - Vorstand Oldenburgische Landschaft V-KT/19/074
- 10 . Änderung der Satzung über die Bildung und Tätigkeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Cloppenburg V-KA/19/545
- 11 . Berufung von ehrenamtlichen Richtern für das Sozialgericht Oldenburg V-KA/19/547
- 12 . Berufung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes V-KA/19/558
- 13 . Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2018 V-KA/19/560
- 14 . Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2018, die Verwendung des Überschusses der Jahresrechnung 2018 sowie die Entlastung des Landrates V-KA/19/559
- 15 . Beitritt zur Gründung des Bündnisses "Rettet die 112 und den Rettungsdienst - Für den Rettungsdienst als Landes- und Kommunalaufgabe" V-KA/19/565
- 16 . Kreishausenerweiterung V-KA/19/541
- 17 . Weiterführung der „Poolbildung zur inklusiven Beschulung“ an der Soeste-Schule-Barßel V-JHA/19/147

-
- | | | |
|------|---|-----------------|
| 18 . | Antrag der Ehrenamtsagentur Cloppenburg auf Gewährung eines Zuschusses für die Jahre 2020 - 2022 | V-KUL/19/140 |
| 19 . | Einführung des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagement (DKBM) | V-SCHUL/19/159 |
| 20 . | Fortführung des SPRINT-Projektes im Landkreis Cloppenburg | V-SCHUL/19/160 |
| 21 . | Antrag der Gruppe GRÜNE/UWG vom 31.01.2019 - Pflege im Landkreis Cloppenburg | V-SOZ/19/098 |
| 22 . | Heranziehung der Städte und Gemeinden für Aufgaben nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) für die Jahre 2020 und 2021 | V-SOZ/19/100 |
| 23 . | Anträge des Diakonischen Werkes, der Arbeiterwohlfahrt, des Caritas-Sozialwerkes sowie des Deutschen Roten Kreuzes auf Zuschüsse zur Schuldnerberatung für die Haushaltsjahre 2020 bis 2022 | V-SOZ/19/102 |
| 24 . | Förderung des Projektes INTEGRA an den berufsbildenden Schulen im Landkreis Cloppenburg für die Schuljahre 2019 bis 2021 | V-SOZ/19/103 |
| 25 . | Änderung der Bezuschussung der Schulsozialarbeit ab August 2019 | V-SOZ/19/105 |
| 26 . | Antrag der Diakonie und des Vereins donum vitae auf Zuschuss für empfängnisverhütende Mittel und Sterilisationen für Leistungsempfänger/-innen gem. SGB II/XII, AsylbLG und Frauen u. Männer in finanziellen u. persönlichen Notlagen ab 2020 | V-SOZ/19/108 |
| 27 . | Anträge der Diakonie, des Vereins donum vitae und des Sozialdienstes Katholischer Frauen e. V. auf Zuschüsse für die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung im Landkreis Cloppenburg für die Haushaltsjahre 2020 – 2022 | V-SOZ/19/109 |
| 28 . | Kreisstraßenverbreiterungskonzept IV | V-VERK/19/165 |
| 29 . | Kreisstraßenverbreiterungskonzept IV; Ergänzung um Radwegneubau an der K 179 | V-VERK/19/165/1 |
| 30 . | Antrag der CDU-Fraktion vom 27.05.2019 gemäß § 56 NKomVG - Vergünstigungen beim Ticketkauf für das Rufbussystem für Inhaberinnen und Inhaber von Ehrenamtsurkunden | V-VERK/19/166 |
| 31 . | Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten und wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses | |
| 32 . | Anregungen und Beschwerden | |



- 33 . Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)
- 34 . Mitteilungen

1. Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Hackstedt eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit wurde durch den Kreistagsvorsitzenden Hackstedt festgestellt.

3. Feststellung der Tagesordnung

Kreistagsvorsitzender Hackstedt gab den Hinweis, dass die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 9. *Berufung von Vertreterinnen/Vertretern in verschiedene Gremien - Vorstand Oldenburgische Landschaft* ergänzt worden sei.

Sodann schlug Kreistagsvorsitzender Hackstedt vor, den Antrag der SPD-Fraktion vom 25.09.2019 – Besetzung Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, eingegangen beim Landkreis Cloppenburg am 26.09.2019, zum Tagesordnungspunkt 12. *Berufung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes* zu beraten.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Die Tagesordnung wurde vom Kreistag einstimmig beschlossen.

4. Einwohnerfragestunde

Von der Einwohnerfragestunde wurde kein Gebrauch gemacht.

5. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages vom 27.06.2019

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen, Vorsitzender der Gruppe GRÜNE/UWG, bat darum, in dem Protokoll der Sitzung des Kreistages vom 27.06.2019 zum Tagesordnungspunkt 11. auf Seite 9 die letzten zwei Sätze zu streichen und dafür folgenden Satz einzufügen: „Es gäbe bereits genügend Vorschläge für eine Änderung der Agrarpolitik, so z.B. eine Verlagerung der EU-Agrarsubventionen von der ersten auf die zweite Säule.“

Kreistagsabgeordneter Götting, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erklärte sich für seine Fraktion mit dieser Protokolländerung nicht einverstanden; Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen hätte dies so nie gesagt. Er schlug vor, lediglich die letzten zwei Sätze zum Tagesordnungspunkt 11. auf Seite 9 des Protokolls der Sitzung des Kreistages vom 27.06.2019 ersatzlos zu streichen.

Mit diesem Vorschlag war Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen nicht einverstanden, so dass Kreistagsvorsitzender Hackstedt zunächst über die Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages vom 27.06.2019 mit der von Kreistagsabgeordneten Dr. Kannen beantragten Änderung wie folgt abstimmen ließ:

Der Kreistag lehnte die von Kreistagsabgeordneten Dr. Kannen beantragte Änderung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages vom 27.06.2019 mehrheitlich bei 13 Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen ab.

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages vom 04.04.2019 wurde mehrheitlich bei 9 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen genehmigt.

**6. Bestellung eines neuen Vertreters als beratendes Mitglied im Verkehrsausschuss
Vorlage: V-KT/19/071**

Kreistagsvorsitzender Hackstedt trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KT/19/071 vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:

Herr Jan Stillbauer von der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Lingen, Lucaskamp 9, 49809 Lingen, wird als Mitglied der Verkehrsunfallkommission zum Vertreter von Herrn Norbert Heppner als beratendes Mitglied im Verkehrsausschuss bestellt.

**7. Berufung von nicht dem Kreistag angehörenden Mitgliedern des Schulausschusses
Vorlage: V-KT/19/072**

Kreistagsvorsitzender Hackstedt trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KT/19/072 vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, Herrn Anjo Buschmeier von der Kreishandwerkerschaft Cloppenburg als Mitglied und Herrn Heiner Göwert von der Kreis-



handwerkerschaft Cloppenburg als Ersatzmitglied der Arbeitgeberverbände in den Schulausschuss des Landkreises Cloppenburg zu berufen.

8. **Änderung der Besetzung bei den stellvertretenden beratenden Mitgliedern im Sozialausschusses**
Vorlage: V-KT/19/073
-

Kreistagsvorsitzender Hackstedt trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KT/19/073 vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, Frau Britta Hildebrandt, wohnhaft: Scheideweg 272 a, 26127 Oldenburg, als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Sozialausschuss zu berufen.

9. **Berufung von Vertreterinnen/Vertretern in verschiedene Gremien - Vorstand Oldenburgische Landschaft**
Vorlage: V-KT/19/074
-

Kreistagsvorsitzender Hackstedt trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KT/19/074 vor und bat die Mehrheitsfraktion um einen entsprechenden Vorschlag.

Kreistagsabgeordneter Götting, Vorsitzender der CDU-Fraktion, schlug vor, Kreistagsabgeordneten Reinhard Lanfer und als Vertretung Kreistagsabgeordneten Christoph Eilers als Mitglied des Vorstandes der Oldenburgischen Landschaft zu benennen.

Über diesen Vorschlag ließ Kreistagsvorsitzender Hackstedt wie folgt abstimmen:

Der Kreistag beschloss einstimmig, als Mitglied des Vorstandes der Oldenburgischen Landschaft wird der Kreistagsabgeordnete Reinhard Lanfer und als sein Vertreter der Kreistagsabgeordnete Christoph Eilers benannt.

10. **Änderung der Satzung über die Bildung und Tätigkeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Cloppenburg**
Vorlage: V-KA/19/545
-

Landrat Wimberg, Vorsitzender des Kreisausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KA/19/545 vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:

§ 5 Ziffer 2 der Satzung über die Bildung und Tätigkeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Cloppenburg vom 01.02.2013 erhält im Wege einer 1. Änderungssatzung folgende Fassung:

2. **Der Beirat wählt je ein Mitglied, das beratendes Mitglied im Sozialausschuss, im Ausschuss für Kultur und Freizeit, im Schulausschuss, im Jugendhilfeausschuss, im Ausschuss für Planung und Umwelt und im Verkehrsausschuss des Land-**

kreises ist. Der Behindertenbeirat wählt ebenfalls je eine Vertretung für die gewählten Ausschussmitglieder. Diese Aufgaben können auch dem Beiratsvorsitzenden übertragen werden.

**11. Berufung von ehrenamtlichen Richtern für das Sozialgericht Oldenburg
Vorlage: V-KA/19/547**

Landrat Wimberg, Vorsitzender des Kreisausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KA/19/547 vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, Herrn Ludger Niehaus, wohnhaft Am Herrensand 15 in 49696 Peheim, erneut für eine fünfjährige Berufung zum ehrenamtlichen Richter am Sozialgericht Oldenburg vorzuschlagen.

**12. Berufung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes
Vorlage: V-KA/19/558**

Landrat Wimberg, Vorsitzender des Kreisausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KA/19/558 vor.

Erster Kreisrat Frische beantwortete sodann die Anfrage der Gruppe GRÜNE/UWG gemäß § 56 NKomVG vom 28.09.2019 zu dem hier zu beratenden Tagesordnungspunkt wie folgt:

„Wie häufig wurde in den letzten Jahren in einer internen oder externen Stellenausschreibung für einen Dienstposten der Besoldungsgruppe A 14 als Anforderung aufgenommen, dass der/die Bewerber/in bereits das Statusamt A 13 erreicht haben muss (bitte hinsichtlich der letzten 15 internen oder externen Stellenausschreibungen für einen Dienstposten der Besoldungsgruppe A 14 unter Nennung des jeweiligen Datums der Ausschreibung und der jeweiligen Stellenbezeichnung einzeln aufführen, ob die Erreichung des Statusamtes A 13 jeweils als Anforderung enthalten oder nicht enthalten war)?

Bei sämtlichen bisher nach A 14 ausgeschriebenen Dienstposten ist im Anforderungsprofil aufgenommen worden, dass das Statusamt A 13 bereits erreicht sein muss. Es handelt sich ausschließlich um interne Ausschreibungen.

Folgende Dienstposten wurden in den letzten Jahren entsprechend ausgeschrieben:

12.08.2019
Amtsleitung 14 - Rechnungsprüfungsamt
Amtsleitung 51 - Jugendamt

07.012.2018
Amtsleitung 32 - Ordnungsamt
Amtsleitung 40 - Schul- und Kulturamt

03.05.2017

Amtsleitung 60 - Bauamt

Amtsleitung 70 - Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft (heute: Umweltamt)

05.07.2016

Amtsleitung 14 - Rechnungsprüfungsamt

Amtsleitung 32 - Ordnungsamt

Amtsleitung 40 - Schul- und Kulturamt

Amtsleitung 50 - Sozialamt

Amtsleitung 51 - Jugendamt

Amtsleitung 60 - Bauamt

Amtsleitung 70 - Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft (heute: Umweltamt)

Weitere Ausschreibungen von Dienstposten der Besoldungsgruppe A 14 hat es nicht gegeben, da diese Stellen erst im Zuge der Neubewertungen 2016 eingerichtet wurden.“

Weiter führte Erster Kreisrat Frische an, er sei seit 30 Jahren im Dienst der Kreisverwaltung tätig. In dieser Zeit sei die hier angewandte Praxis seitens des Kreistages nie beanstandet worden.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck stellte den Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG – Besetzung Leiter des Rechnungsprüfungsamtes vom 25.09.2019 (Anlage 1 zum Protokoll) nebst Begründung vor.

Landrat Wimberg zeigte sich verwundert über den Antrag der SPD-Fraktion vom 25.09.2019. Der jetzige Stelleninhaber sei in der gleichen Verfahrensweise durch den Kreistag des Landkreises Cloppenburg bestellt worden, welche noch nie in Zweifel gezogen worden sei. Der Kreistag sei Herr des Verfahrens. In der Vergangenheit sei dieser Dienstposten immer nach erfolgter Bestenauswahl durch internes Personal besetzt worden. Sodann richtete er an die SPD-Fraktion die Frage, wer oder was sie dazu bewogen habe, die Stelle nun nicht mehr intern besetzen zu wollen. Sofern die Verfahrensweise grundsätzlich geändert werden solle, stünde dem Nichts entgegen.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck verwies auf den zeitlichen Ablauf. Vor zwei Wochen hätten die Abgeordneten die Einladung zur Kreisausschusssitzung erhalten und heute würde dieser Punkt auch bereits auf der Tagesordnung des Kreistages stehen. Er verstehe die Eile nicht. Er teilte mit, die SPD-Fraktion halte es für sinnvoll, Amtsleiterstellen öffentlich auszuschreiben, um „frischen Wind“ ins Haus zu bringen.

Landrat Wimberg erklärte, der Weg der öffentlichen Ausschreibung sei hausintern diskutiert worden. Bislang sei immer nach der jetzigen Verfahrensweise vorgegangen worden. Interne Ausschreibungen hätten auch eine Bedeutung, und zwar ein Zeichen der Wertschätzung und Motivation an die Belegschaft. Wenn eine Stelle nach einer internen Ausschreibung nicht besetzt werden könne, folge der Weg der öffentlichen Ausschreibung. Im Übrigen würden auch andere Landkreise so verfahren. Wenn diese Vorgehensweise geändert werden solle, wäre eine Beschlussfassung nötig und es würde eine entsprechende Mitteilung an die Belegschaft der Kreisverwaltung folgen. Auch die Stellenbesetzung der Leitung des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) sei bisher immer intern besetzt worden und es habe bislang auch keine Hinweise gegeben, dass dies nicht richtig sein könnte. Es wurde hier nichts übers Knie gebrochen und es handelt sich hier um ein ganz gewöhnliches Verfahren. Landrat Wimberg sprach die Empfehlung aus, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen, Vorsitzende der Gruppe GRÜNE/UWG, stimmte dem Landrat dahingehend zu, als dass eine interne Stellenausschreibung der Motivation der Mitarbeiter diene. Sie empfinde das Verfahren zur Stellenbesetzung grundsätzlich auch als in Ordnung. Bei der hier zu besetzenden Stelle sei dies aber anders. Insoweit stimmte sie den Ausführungen des Kreistagsabgeordneten Riesenbeck zu. Hier ginge es um andere Themen, und zwar um Macht und Kontrolle. Sie fände es wichtig, als Kreistag eine Auswahl zu haben. Diese sei hier nicht möglich und die Beteiligung der Abgeordneten des Kreistages zu gering. Der Kreistag müsste auch die Möglichkeit haben, sich ein Bild von den Bewerbern machen zu können. Sie kenne Herrn Oltmann nicht und könne sich somit keine Vorstellung zu seiner Befähigung machen. Das Verfahren zur Stellenbesetzung der Leitung des RPAs könne auch geändert werden. Sie sähe es als kein gutes Zeichen, wenn der Leiter des RPAs unter schlechten Vorzeichen bestellt worden sei.

Landrat Wimberg teilte mit, die bisherige Verfahrensweise sei bislang immer vom Kreistag unterstützt worden. Dieser habe damit keine schlechten Erfahrungen gemacht. Auch wenn diese Stelle öffentlich ausgeschrieben würde, müsse sich der Kreistag auf die Empfehlung der Verwaltung verlassen, da wohl kaum alle Kreistagsmitglieder Vorstellungsgespräche führen wollten. Es würden zur Besetzung der hier diskutierten Stelle bestimmte Kriterien gelten, nach denen die Bewerber bewertet würden. Diese Kriterien seien auch bei einer öffentlichen Ausschreibung heranzuziehen und auch dann wären Konkurrentenklagen nach erfolgter Bestenauslese möglich.

Kreistagsabgeordneter Götting, Vorsitzender der CDU-Fraktion, unterstützte die Empfehlung der Verwaltung. Diese sei nachvollziehbar und die Stelle würde nach Recht und Gesetz besetzt werden. In der Vergangenheit sei der Kreistag mit der bisherigen Vorgehensweise immer gut gefahren. Auch bei einer öffentlichen Ausschreibung sei eine Bestenauswahl erforderlich und eine vorangehende Bewertung durch die Kreisverwaltung nötig.

Kreistagsabgeordneter Wesselmann erklärte, er persönlich habe noch nie zu der hier debattierten Verfahrensweise zur Besetzung der Amtsleiterstelle des RPAs abgestimmt. Das Verfahren könne geändert werden. Die harten Kriterien des Bewerbungsverfahrens könne er nicht anwenden, da er keine Bewerbungsunterlagen gesehen habe und auch die Person nicht kenne. Der Kreistag solle die Person auswählen. Er könne aber nicht entscheiden, da ihm die Grundlagen fehlten. Auch jetzt bestünde noch die Möglichkeit, das Verfahren zu ändern. Er empfinde alles als sehr unbefriedigend.

Kreistagsabgeordneter Mutlu, Vorsitzender der FDP-Tabeling Gruppe, erklärte, beide Seiten verstehen zu können. Die Verwaltung sollte überlegen, in Zukunft die Besetzung von Stellen mit den Kreistagsmitgliedern des Kreisausschusses zu beraten und diese im Vorfeld mit einzubeziehen.

Kreistagsvorsitzender Hackstedt ließ sodann zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 25.09.2019 wie folgt abstimmen:

Der Kreistag lehnte bei 16 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung den Antrag der SPD-Fraktion vom 25.09.2019 auf öffentliche Ausschreibung der Stelle des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Cloppenburg ab.

Im Anschluss daran ließ Kreistagsvorsitzender Hacksteck über die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses wie folgt abstimmen:

Der Kreistag beschloss mehrheitlich bei 12 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen, Herrn Kreisverwaltungsrat Jürgen Oltmann zum 01.05.2020 zum Leiter des Rechnungsprüfungsamtes zu berufen.

**13. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2018
Vorlage: V-KA/19/560**

Landrat Wimberg, Vorsitzender des Kreisausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KA/19/560 vor.

Der Kreistag stimmte einstimmig den über- und außerplanmäßigen Ausgaben aus dem Jahr 2018 entsprechend der der Vorlage beigefügten Anlage zu.

**14. Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2018, die Verwendung des Überschusses der Jahresrechnung 2018 sowie die Entlastung des Landrates
Vorlage: V-KA/19/559**

Landrat Wimberg verließ den Sitzungsraum.

Erster Kreisrat Frische trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KA/19/559 vor.

Kreistagsabgeordneter Meyer, Vorsitzender der SPD-Fraktion, merkte an, es sei keine Überraschung, dass der Jahresabschluss 2018 besser ausfiele, als zunächst im Haushaltsplan angenommen. Die SPD würde sich in den kommenden Haushaltsberatungen erneut für eine Senkung der Kreisumlage einsetzen.

Der Kreistag beschloss einstimmig den Jahresabschluss 2018 und den Überschuss in Höhe von 14.170.351,35 EUR der Überschussrücklage zuzuführen.

Außerdem beschloss der Kreistag einstimmig, den Landrat für das Jahr 2018 zu entlasten.

**15. Beitritt zur Gründung des Bündnisses "Rettet die 112 und den Rettungsdienst - Für den Rettungsdienst als Landes- und Kommunalaufgabe"
Vorlage: V-KA/19/565**

Landrat Wimberg, Vorsitzender des Kreisausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KA/19/565 vor.

Kreistagsabgeordneter Wesselmann war der Meinung, dieses Thema müsse differenzierter betrachtet werden. Es sei für ihn nicht verständlich, dass für das eine gesundheitliche Problem die eine Nummer und für das andere eine andere Nummer gewählt werden solle. Es sei sinnvoll nur eine Telefonnummer wählen zu müssen, um Hilfe zu erhalten. Die Gruppe GRÜNE/UWG möchte sich nicht vor den Karren der kommunalen Spitzenverbände spannen lassen und würde sich deshalb ihrer Stimme enthalten.

Der Kreistag beschloss einstimmig bei drei Stimmenthaltungen Folgendes:

Der Landkreis Cloppenburg tritt dem Bündnis „Rettet die 112 und den Rettungsdienst – Für den Rettungsdienst als Landes- und Kommunalaufgabe“ bei.

**16. Kreishausenerweiterung
Vorlage: V-KA/19/541**

Landrat Wimberg, Vorsitzender des Kreisausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KA/19/541 vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:

- **Einer Überplanung des Bestandsgebäudes sowie einem Erweiterungsbau aufgrund der Ergebnisse der Phase Null werden zugestimmt.
Für die Planungen wird ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben.
Die Größe der Büroräume (Doppelzimmer) soll 19,7 qm betragen.**
- **Für die Übergangszeit wird eine Containerlösung durch Ankauf möglichst auf dem Gelände der Kreisverwaltung bzw. in unmittelbarer Nähe geschaffen.
Standort, Größe und Kosten sind verwaltungsseitig zu ermitteln und die Beschaffung auszuschreiben.**
- **Im Rahmen einer Erweiterungsmaßnahme sollen die Festsetzungen im Bebauungsplan größtmöglich ausgeschöpft und entsprechend zusätzlicher Raum geschaffen werden. Der nicht benötigte Raum soll zunächst vermietet werden. Bei Bedarf erfolgt eine Überführung in Eigennutzung.**

**17. Weiterführung der „Poolbildung zur inklusiven Beschulung“ an der Soeste-Schule-Barßel
Vorlage: V-JHA/19/147**

Kreistagsabgeordnete Wienken, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-JHA/19/147 vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:

- 1) An der Soeste-Schule-Barßel wird die „Poolbildung zur inklusiven Beschulung“ über den 31.01.2020 hinaus dauerhaft unter Vereinbarung einer 6monatigen Kündigungsfrist weitergeführt.**
- 2) Die Schulbegleitung Michnik GmbH wird weiterhin mit der Poolbildung beauftragt und erhält hierfür ein Budget von 30.000,00 EUR/Monat zuzüglich der Personalkostenerhöhungen aufgrund tariflicher Erhöhungen und Stufensteigerungen.**

**18. Antrag der Ehrenamtsagentur Cloppenburg auf Gewährung eines Zuschusses für die Jahre 2020 - 2022
Vorlage: V-KUL/19/140**

Kreistagsabgeordnete Wichmann, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Freizeit, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KUL/19/140 vor.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck teilte mit, die SPD-Fraktion unterstütze selbstverständlich ehrenamtliche Tätigkeiten. Es müsse noch mehr geschehen, um das lokale Engagement zu fördern. Er bat nach 2 Jahren um einen Bericht, wie die Karten angenommen worden seien.

Kreistagsvorsitzender Hackstedt verwies darauf, dass eine Evaluierung im Ausschuss für Kultur und Freizeit erfolgen solle.

Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:

Der Landkreis Cloppenburg gewährt der Ehrenamtsagentur Cloppenburg in den Haushaltsjahren 2020-2022 einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 15.000,00 EUR als Festbetrag.

**19. Einführung des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagement (DKBM)
Vorlage: V-SCHUL/19/159**

Kreistagsabgeordneter Schute, Vorsitzender des Schulausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-SCHUL/19/159 vor.

Kreistagsabgeordneter Meyer, Vorsitzender der SPD-Fraktion, erklärte, er habe mit der hier zu beratenden Beschlussfassung Probleme, da es hier bereits ausreichend verwertbare Informationen gäbe. Es solle besser direkt in die Bildung investiert werden.

Kreistagsabgeordneter Wesselmann teilte mit, man könne beides: einerseits die Bildung unterstützen und andererseits diese langfristig planen und steuern.

Der Kreistag beschloss mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen Folgendes:

Die kommunale Bildungslandschaft im Landkreis Cloppenburg soll mit der Einführung des „datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements (DBKM)“ aktiv gestaltet werden. Die Kreisverwaltung wird mit der Implementierung des Bildungsbüros beauftragt.

**20. Fortführung des SPRINT-Projektes im Landkreis Cloppenburg
Vorlage: V-SCHUL/19/160**

Kreistagsabgeordnete Thomée stellte den Antrag der Gruppe GRÜNE/UWG vom 24.07.2019 auf Fortführung des SPRINT-Projektes im Landkreis Cloppenburg vor und führe ferner an, dass es hier um gut integrierte Jugendliche und deren zukünftige Berufstätigkeit im Landkreis Cloppenburg ginge. Landrat Wimberg hätte beim Sommergespräch im Haus der

Senioren in Cloppenburg die Wichtigkeit dieses Projektes unterstrichen und erklärte, das Land könne man nicht aus der Verantwortung entlassen und Lösungen würden gesucht. Kreistagsabgeordnete Thomée wies darauf hin, dass im Rahmen der Familienzusammenführung der Werksvertragsarbeiter aus Rumänien noch ein erheblicher Zuzug zu bewältigen sein wird. Hier wäre dann eine Zusammenarbeit mit den beiden Frauen, die das Projekt begleitet habe, auch im Hinblick auf evtl. Sprachbarrieren hilfreich.

Kreistagsabgeordneter Schute, Vorsitzender des Schulausschusses, erläuterte die Empfehlungen des Schulausschusses.

Landrat Wimberg bedauerte ausdrücklich, dass das SPRINT-Projekt durch das Land eingestellt worden sei. Er habe mit seinen Landratskollegen den zuständigen Minister ausdrücklich auf die notwendige Verlängerung hingewiesen. Der Landkreis Cloppenburg könne aber nicht alles fortführen, was das Land in seiner Zuständigkeit einstelle. Auch die gesamte Kommunalgemeinschaft müsse die Fortführung des Projektes ablehnen, da es ansonsten zu einer schleichenden Verlagerung von Aufgaben käme. Gemeinsam mit anderen Landkreisen sei das Land aufgefordert worden, das Projekt weiterzuführen. Dieser Solidargemeinschaft wolle man nicht vor den Kopf stoßen. Das Thema Integration sei noch lange nicht am Ende angekommen.

Kreistagsabgeordneter Wesselmann erklärte, es gäbe auch andere ausgelaufene Programme des Landes, die als Aufgabe durch den Landkreis übernommen worden seien. Hier müsse etwas geschehen und den betroffenen Menschen sei es egal, wer bezahle. Der Landkreis Cloppenburg sei leistungsfähig und sollte hier unterstützen. Die Jugendlichen sollten nicht im Regen stehen gelassen werden, wie es in anderen Landkreisen geschehe.

Kreistagsabgeordneter Karnbrock unterstützte die Aussage, dass Sprachförderung nötig sei. Wer jedoch für die Aufgabe zuständig sei, solle diese auch bezahlen. Hier sei das Land zuständig und solle es auch bleiben.

Der Kreistag beschloss mehrheitlich bei 3 Gegenstimme und 3 Stimmenthaltungen Folgendes:

Der Antrag der Gruppe Grüne/UWG gem. § 56 NKomVG auf Fortführung des SPRINT-Projektes vom 24.07.2019 wird abgelehnt.

**21. Antrag der Gruppe GRÜNE/UWG vom 31.01.2019 - Pflege im Landkreis Cloppenburg
Vorlage: V-SOZ/19/098**

Kreistagsabgeordneter Hackstedt erteilte Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen, Vorsitzende der Gruppe GRÜNE/UWG, das Wort.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen stellte den Antrag ihrer Gruppe vom 31.01.2019 vor. Zur Begründung führte sie an, Pflege sei eine der großen gesellschaftlichen Fragen, wie auch die Münsterländische Tageszeitung vom 28.09.2019 das Thema aufgriff. Es gäbe auch bereits auf Bundes- und Landesebene Diskussionen über neue Gesetze und Richtlinien, um die Bedingungen der Pflege zu verbessern. Wie bereits im Antrag der Gruppe GRÜNE/UWG vom 31.01.2019 dargelegt, sei auch der Landkreis bei diesem Thema gefordert. Laut

Aussage der Kreisverwaltung sei der Vorrang von ambulanter vor stationärer Pflege im Landkreis Cloppenburg zurzeit nur bedingt umsetzbar. Es seien folgende Maßnahmen notwendig:

- mehr Angebote an hauswirtschaftlichen Leistungen
- Optimierung der bestehenden Netzwerke
- Stärkung der Pflegeberatung
- Bessere Versorgung mit Pflegefachkräften

Der seit 2004 angeforderte Pflegebericht sei Ende 2018 veröffentlicht worden. Eine Arbeitsgruppe habe sich dann mit den Ergebnissen des Pflegeberichtes und dem Antrag der Gruppe GRÜNE/UWG vom 03.10.2018 – Pflegeversorgung im Landkreis Cloppenburg auseinandergesetzt. Das Ergebnis sei der hier zu beratende Antrag ihrer Gruppe, dessen Beratung in den Gremien zweimal vertagt worden sei. Ferner habe sie sodann eine intensive Diskussion in der letzten Sitzung des Fachausschusses vermisst. Sie sei davon überzeugt, dass ein Kreistag mit einem höheren Frauenanteil anders entschieden hätte.

Kreistagsabgeordneter Schmidt, stellvertretender Vorsitzender des Sozialausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-SOZ/19/098 vor.

Kreistagsabgeordnete Thomée wies darauf hin, dass durch Fachkräftesicherung, Stärkung der ambulanten Pflege, Prävention sowie Unterstützung der pflegenden Angehörigen die Pflegesituation im Landkreis Cloppenburg verbessert werden könnte. Hierzu würde im Landkreis Cloppenburg schon einiges angeboten werden und man sei auf einem guten Weg. Doch die Angebote müssten den gesamten Landkreis erreichen. Auch der Pflegenachwuchs sei ein großes Problem. Der Pflegeberuf müsste attraktiver werden und die Rahmenbedingungen für die zu Pflegenden müssten stimmen, damit diese besser versorgt würden. Sodann wies sie darauf hin, dass in der letzten Sitzung des Fachausschusses zu Punkt I. 10 (Aufwertung und personelle Aufstockung des SPN) des Antrages der Gruppe GRÜNE/UWG vom 31.01.2019 keine Beschlussempfehlung formuliert worden sei. Ihre Gruppe möchte diesen Antrag aufrechterhalten. Sie beantragte eine Abstimmung über die einzelnen Punkte des Antrages ihrer Gruppe vom 31.01.2019.

Kreistagsabgeordneter Dr. Hoffschroer widersprach deutlich der Aussage der Kreistagsabgeordneten Dr. Kannen, Männer wollten sich nicht um das Thema Pflege kümmern. Die CDU-Fraktion hätte sich intensiv mit diesem Thema befasst.

Kreistagsabgeordneter Wesselmann teilte mit, dass wenn der Frauenanteil im Kreistag des Landkreises Cloppenburg höher wäre, sei hier vielleicht anders entschieden worden. Ferner sei kein Vorschlag zu diesem Thema seitens der CDU-Fraktion eingereicht worden. Er unterstütze den Antrag der Kreistagsabgeordneten Thomée auf Einzelabstimmung zum Tagesordnungspunkt.

Kreistagsabgeordneter Schröder teilte mit, Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen und Kreistagsabgeordnete Thomée hätten die derzeitige Situation in der Pflege gut wiedergegeben. Es sei jetzt zu entscheiden, wie damit umzugehen sei. Auch er habe während seiner Berufstätigkeit festgestellt, dass der Pflegeberuf sich verändert habe. Eine Aufwertung sollte erfolgen und der Beruf sollte mehr Anerkennung erfahren. Dies sei nicht durch mentale Unterstützung möglich und der Landkreis Cloppenburg sei nicht in der Lage, die gesamte Pflegesituation zu verbessern. Eine Erhöhung des Beitrages zur Pflegeversicherung sei hierzu dienlicher. Die Kreisverwaltung habe sich sehr konzentriert mit dem Antrag der Gruppe GRÜNE/UWG vom 31.01.2019 auseinandergesetzt und die Beschlüsse seien fast alle einstimmig gefasst

worden. Ein Antrag sei abgelehnt worden, da dafür andere Stellen, z. B. die Krankenkassen, zuständig seien. Den Pflegebericht abzuwarten, sei für die Beschlussfassung über den hier vorliegenden Antrag die richtige Entscheidung gewesen. Er unterstütze das Ehrenamt. Hier jedoch das SPN aufzurüsten, helfe den pflegenden und zu pflegenden Personen nicht. Er könne die Beschlussempfehlung des Fachausschusses mittragen.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen teilte mit, der hier strittige Punkt sei ein zentraler Punkt des Antrages ihrer Gruppe. Dieser sei durch den Landkreis umsetzbar und dieser sei dazu sogar verpflichtet. Der präventive Charakter solle gefördert und frühzeitig angegangen werden. Sie zog den Vergleich zum Klick-Klack-Programm des Gesundheitsamtes des Landkreises Cloppenburg. Der Landkreis habe sich schon gut auf den Weg gemacht, aber die Grundlagen im präventiven Bereich seien nicht ausreichend.

Kreistagsvorsitzender Hackstedt ließ zunächst über den Antrag auf Einzelabstimmung der Kreistagsabgeordneten Thomée wir folgt abstimmen:

Der Kreistag lehnte mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen den Antrag der Kreistagsabgeordneten Thomée, über jeden Punkt des Antrages der Gruppe GRÜNE/UWG vom 31.01.2019 einzeln abstimmen, ab.

Kreistagsabgeordneter Hackstedt ließ sodann über den Antrag der Gruppe GRÜNE/UWG vom 31.01.2019 in Gänze abstimmen wie folgt:

Der Kreistag stimmte mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen den Beschlussvorschlägen des Fachausschusses zu den einzelnen Punkten des Antrages der Gruppe GRÜNE/UWG vom 31.01.2019 – Pflege im Landkreis Cloppenburg zu.

Der Kreistag lehnte mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen den Antrag zu Punkt I. 10 (Aufwertung und personelle Aufstockung des SPN) des Antrages der Gruppe GRÜNE/UWG vom 31.01.2019 ab.

**22. Heranziehung der Städte und Gemeinden für Aufgaben nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) für die Jahre 2020 und 2021
Vorlage: V-SOZ/19/100**

Kreistagsabgeordneter Schmidt, stellvertretender Vorsitzender des Sozialausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-SOZ/19/100 vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:

Die Heranziehung der Städte und Gemeinden des Landkreises Cloppenburg für Aufgaben nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) entsprechend des vorliegenden Vereinbarungsentwurfes wird fortgesetzt.

23. Anträge des Diakonischen Werkes, der Arbeiterwohlfahrt, des Caritas-Sozialwerkes sowie des Deutschen Roten Kreuzes auf Zuschüsse zur Schuldnerberatung für die Haushaltsjahre 2020 bis 2022
Vorlage: V-SOZ/19/102

Kreistagsabgeordneter Karnbrock verließ wegen Befangenheit den Sitzungsraum.

Kreistagsabgeordneter Schmidt, stellvertretender Vorsitzender des Sozialausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-SOZ/19/102 vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:

- a) Die Schuldnerberatung im Landkreis Cloppenburg wird in den Haushaltsjahren 2020 bis 2022 durch pauschale Zuschüsse an die vier nachstehenden Wohlfahrtsverbände finanziert.
- b) Den Schuldnerberatungsstellen werden die Zuschüsse als jährliche Festbeträge entsprechend den vorliegenden Anträgen in folgender Höhe bewilligt:
 - der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Cloppenburg e.V.: 40.000,00 EUR,
 - dem Diakonischen Werk Oldenburg Münsterland: 49.000,00 EUR,
 - dem Caritas-Sozialwerk St. Elisabeth: 45.000,00 EUR,
 - dem Deutschen Roten Kreuz, Kreisverband Cloppenburg e.V.: 41.000,00 EUR.

24. Förderung des Projektes INTEGRA an den berufsbildenden Schulen im Landkreis Cloppenburg für die Schuljahre 2019 bis 2021
Vorlage: V-SOZ/19/103

Kreistagsabgeordneter Schmidt, stellvertretender Vorsitzender des Sozialausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-SOZ/19/103 vor.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen, Vorsitzende der Gruppe GRÜNE/UWG, gab zu diesem Tagesordnungspunkt den Hinweis, dass hier finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt würden, so wie ihre Gruppe es für die Fortführung des SPRINT-Projektes zum heutigen Tagesordnungspunkt 20. gefordert worden wäre. Sie bedauerte, dass ein Projekt übernommen würde und ein anderes nicht.

Der Kreistag beschloss einstimmig die Bereitstellung der Finanzmittel für die Förderung des Projektes INTEGRA an den berufsbildenden Schulen im Landkreis Cloppenburg für die Schuljahre 2019 bis 2021 in Höhe von 34.269,00 EUR für das Jahr 2019, 138.914,00 EUR für das Jahr 2020 und 81.033,00 EUR für das Jahr 2021.

25. Änderung der Bezuschussung der Schulsozialarbeit ab August 2019
Vorlage: V-SOZ/19/105

Kreistagsabgeordneter Schmidt, stellvertretender Vorsitzender des Sozialausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-SOZ/19/105 vor.

Dem Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:

Der Landkreis Cloppenburg stellt die freiwillige Zahlung an die Gemeinden Molbergen, Bösel und Essen für die Schulsozialarbeit aufgrund der Einstellung von entsprechendem Personal durch das Land ab 01.08.2019 ein. Die dadurch freiwerdenden Mittel werden den drei Berufsbildenden Schulen im Landkreis Cloppenburg in jeweils gleicher Höhe (19.853,00 EUR) bis 31.12.2020 für Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt.

- 26. Antrag der Diakonie und des Vereins donum vitae auf Zuschuss für empfängnisverhütende Mittel und Sterilisationen für Leistungsempfänger/-innen gem. SGB II/XII, AsylbLG und Frauen u. Männer in finanziellen u. persönlichen Notlagen ab 2020
Vorlage: V-SOZ/19/108**

Kreistagsabgeordnete Hukelmann verließ wegen Befangenheit den Sitzungsraum.

Kreistagsabgeordneter Schmidt, stellvertretender Vorsitzender des Sozialausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-SOZ/19/108 vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:

Der Landkreis gewährt den Schwangerenberatungsstellen der Diakonie und des Vereins donum vitae in den Haushaltsjahren 2020 bis 2022 einen Betrag in Höhe von jeweils bis zu 8.000,00 EUR als Zuschuss für empfängnisverhütende Mittel und Sterilisationen für Leistungsempfängerinnen und -empfänger gemäß SGB II, SGB XII, AsylbLG und Frauen und Männer in finanziellen und persönlichen Notlagen.

- 27. Anträge der Diakonie, des Vereins donum vitae und des Sozialdienstes Katholischer Frauen e. V. auf Zuschüsse für die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung im Landkreis Cloppenburg für die Haushaltsjahre 2020 – 2022
Vorlage: V-SOZ/19/109**

Kreistagsabgeordnete Hukelmann und Kreistagsabgeordnete Wienken verließen wegen Befangenheit den Sitzungsraum.

Kreistagsabgeordneter Schmidt, stellvertretender Vorsitzender des Sozialausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-SOZ/19/109 vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:

In den Haushaltsjahren 2020 bis 2022 gewährt der Landkreis die folgenden jährlichen Zuschüsse als Defizitausgleich für die Schwangeren- und Schwangerenkonfliktberatung:

- a) dem Diakonischen Werk, Diakoniebüro Cloppenburg in**
- 2020 bis zu 25.160,00 EUR
 - 2021 bis zu 26.050,00 EUR
 - 2022 bis zu 26.830,00 EUR

- b) dem Verein donum vitae in
 - 2020 bis zu 28.000,00 EUR
 - 2021 bis zu 29.000,00 EUR
 - 2022 bis zu 30.000,00 EUR
- c) dem Sozialdienst kath. Frauen für die Jahre 2020 – 2022 bis zu 9.840,00 EUR.

28. Kreisstraßenverbreiterungskonzept IV Vorlage: V-VERK/19/165

Kreistagsabgeordneter Roder, stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-VERK/19/165 vor.

Kreistagsabgeordneter Wesselmann erklärte, auch mit der Gruppe GRÜNE/UWG könne über Straßenverbreiterung gesprochen werden. Seine Gruppe befürchte hier aber Baumfällaktionen und weitere negative Maßnahmen für Natur und Landschaft. Auch Geschwindigkeitsbegrenzungen seien geeignete Maßnahmen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Seine Gruppe würde hier der Beschlussempfehlung nicht folgen.

Kreistagsabgeordneter Götting, Vorsitzender der CDU-Fraktion, teilte mit, seine Fraktion hätte den hier zu beratenden Antrag auf den Weg gebracht. Es müssten bei der Umsetzung einer solchen Maßnahme auch Bäume gefällt werden, die dann an anderer Stelle wieder angepflanzt würden. Er zeigte sich allerdings verwundert über die doppelt so hohen Kosten pro Kilometer im Vergleich zum Vorgängerkonzept.

Leitender Kreisverwaltungsleiter Meyer erklärte, Belange von Natur und Landschaft würden im Verfahren detailliert geprüft. Die unvermeidbaren Eingriffe müssten ausgeglichen werden. Neben den Baukostensteigerungen sei dies auch ein Grund der Kostensteigerung.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen, Vorsitzende der Gruppe GRÜNE/UWG, teilte mit, Bemühungen seien hier nicht ausreichend. Ihrer Gruppe ginge es darum, die Eingriffe in die Natur zu bilanzieren und im Ausschuss vorzustellen. Die Beteiligung der Kreistagsabgeordneten sei ihrer Meinung nach unzureichend. Alle Bedingungen sollten bekannt sein. Insoweit empfinde sie die Informationen als zu wenig. Solange nicht alle Kriterien bekannt seien, würde ihre Gruppe dem Konzept nicht zustimmen.

Leitender Kreisverwaltungsleiter Meyer erklärte hierzu, die Eingriffe in Natur und Landschaft könnten erst beurteilt werden, wenn nach der Erteilung des Planungsauftrages ein Ausbautwurf vorliege. Das Pferd könne nicht von hinten aufgezäumt werden. Viele Dinge würden sich erst bei der Planung ergeben.

Der Kreistag beschloss mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen Folgendes:

Das Kreisstraßenverbreiterungskonzept IV ist vorbehaltlich zur Verfügung stehender Haushaltsmittel durchzuführen. Die entsprechenden Planungsaufträge werden erteilt.

29. Kreisstraßenverbreiterungskonzept IV; Ergänzung um Radwegneubau an der K 179
Vorlage: V-VERK/19/165/1

Kreistagsabgeordneter Roder, stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-VERK/19/165/1 vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:

Das Kreisstraßenverbreiterungskonzept IV wird um den Radwegneubau entlang der K 179 von der Garther Straße bis zur L 870 ergänzt.

30. Antrag der CDU-Fraktion vom 27.05.2019 gemäß § 56 NKomVG – Vergünstigungen beim Ticketkauf für das Rufbussystem für Inhaberinnen und Inhaber von Ehrenamtsurkunden
Vorlage: V-VERK/19/166

Kreistagsvorsitzender Hackstedt erteilte Kreistagsabgeordneten Götting, Vorsitzender der CDU-Fraktion, das Wort.

Kreistagsabgeordneter Götting stellte den Antrag der CDU-Fraktion vom 27.05.2019 – Vergünstigungen beim Ticketkauf für das Rufbussystem für Inhaberinnen und Inhaber von Ehrenamtsurkunden vor.

Kreistagsabgeordneter Roder, stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-VERK/19/166 vor.

Kreistagsabgeordneter Wesselmann erklärte, auch bereits in der Sitzung des Verkehrsausschusses angemerkt zu haben, dass ihm die Kosten für die Änderung des Buchungssystems mit 10.000,00 EUR sehr hoch erschienen. Er regte an, das Buchungssystem nicht zu ändern und die Inhaber von Ehrenamtskarten kostenlos mit dem Rufbussystem fahren zu lassen. Seine Gruppe könne dem Antrag zustimmen.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck merkte an, es sei fraglich ob die Vergünstigung beim Ticketkauf für das Rufbussystem überhaupt angenommen würde, da die Ehrenamtskarte auch noch stark beworben werden müsste. Die SPD-Fraktion könne die vorgeschlagene Beschlussempfehlung befürworten.

Der Kreistag beschloss einstimmig, Folgendes:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten einer 50 %igen Vergünstigung beim Ticketkauf für das Rufbussystem für Inhaberinnen und Inhaber von Ehrenamtskarten unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit zu prüfen und Vorschläge für eine Umsetzung zu erarbeiten.



31. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten und wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Landrat Wimberg teilte mit, es lägen keine wichtigen Angelegenheiten und wichtigen Beschlüsse aus den letzten beiden Sitzungen des Kreisausschusses vor.

32. Anregungen und Beschwerden

Anregungen und/oder Beschwerden lagen nicht vor.

33. Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)

Anfragen, die spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht werden konnten, lagen nicht vor.

34. Mitteilungen

Mitteilungen lagen nicht vor.

Um 19:30 Uhr schloss der Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer/in